

1. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 7. Juni 1951.

232/A.B. Anfragebeantwortung.  
zu 207/J

Die Abg. **N e u w i r t h** und Genossen haben am 31.1.1951 an den Bundeskanzler eine Anfrage, betreffend Vorsorgen für die Sicherstellung von Rohstoffen zur Aufrechterhaltung der uneingeschränkten Produktion, gerichtet.

Namens der Bundesregierung teilt Bundeskanzler Dr. Ing. **F i g l** Nachstehendes mit:

"Der Ministerrat hat am 20. Februar d.J. eine Reihe von Regierungsvorlagen beschlossen, die am 4. April 1951 bereits vom Plenum des Nationalrates angenommen worden sind. Es handelt sich um

- 1.) den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Errichtung eines Wirtschaftsdirektoriums der Bundesregierung;
- 2.) den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Lenkung des Verkehrs mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten (Rohstofflenkungsgesetz 1951);
- 3.) den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Regelung des Warenverkehrs mit dem Ausland (Aussenhandelsverkehrsgesetz 1951);
- 4.) den Entwurf eines Bundesgesetzes, womit das Preisregelungsgesetz 1950 ergänzt und abgeändert wird (Preisregelungsgesetznovelle 1951);
- 5.) den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Wiederinkraftsetzung des Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes, BGBl. Nr. 28/1948.

Diese Gesetze sind bereits im Bundesgesetzblatt der Republik Österreich vom 21. Mai 1951 im 24. Stück unter der Zl. BGBl. Nr. 104, 105, 106, 107 und 108 verlautbart und wurden seitens der Bundesregierung von Seite Österreichs zur Steuerung der Wirtschaftspolitik als vorläufig notwendig erachtet."

-.-.-.-.-